

Unser Vorschlag wurde abgelehnt

Wir sind der Meinung, dass der Erhalt der beiden Feuerwehrstandorte sinnvoll ist. Die Gründe dafür wurden oft dargelegt.

Fast alle wichtigen Daten (Alarmzeiten, Kosten, Personalentwicklung) sind nicht neutral ermittelt, sondern von Rathausseite vorgelegt worden. Die „Zentral-Pläne“ sind nicht seriös durchgerechnet, ein Finanzdesaster ist möglich. Alle öffentlichen Großbauten leiden z.Zt. unter einer Kostenexplosion. Die Planer sind dann meistens nicht mehr im Amt, wenn die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten werden.

Aber offenbar will die jetzige Stadtregierung den zentralen Standort als „Türöffner“ für eine schnelle weitere Bebauung der Fläche zwischen Mörfelden und Walldorf benutzen. Wer jetzt auf Biegen und Brechen die neuen Planungen für das Gebiet zwischen Mörfelden und Walldorf durchdrücken will, muss wissen, es geht auch um Bewohnbarkeit unserer Stadtteile zwischen einem wuchernenden Großflughafen und Autobahnen. Nun gibt es einen professionell gestalteten Auftritt von Feuerwehrleuten die sich hinter die Stadtpläne stellen. Der Aufruf und die Veröffentlichung sind demokratisch und legitim.

Es gibt hier wenig neue Argumente, dafür aber die Übernahme der städ-

tischen Argumentation. Jetzt streiten sich auch noch Feuerwehrleute, sagen die Leute. Viele würden sich weniger Konfrontation und mehr Aufeinanderzugehen zwischen den Feuerwehrtellen wünschen. So aber wird ein schon vorhandener Graben, den man noch planieren kann, tiefer und eine teure Berufsfeuerwehr rückt näher. Es gibt gute Gründe, dass sich die Feuerwehrleute erneut zusammensetzen und beraten.

Offenbar ist es so: Die Mehrheit der jungen und aktiven Feuerwehrleute will keinen zentralen Feuerwehrtandort und hat den Bürgerentscheid „Mö-Wa für 2“ gestartet. Sie kennen die Lage von heute genauer. Ein früherer Bürgermeister konnte besser mit der Feuerwehr umgehen. Er hatte recht, wenn er sagte: „Eine Berufsfeuerwehr wird teurer!“

Die heutige Stadtregierung trägt die Hauptverantwortung für diese Entwicklung. Die Vorschläge der DKP/LL in der Stadtverordnetenversammlung, ein Moratorium zu vereinbaren und die Pläne abzuwägen, wurde von der „Rathauskoalition“ abgelehnt. Hier zeigte sich keine Stärke, sondern die abgehobene Politik der FW, der SPD und der FDP. Dass sich Ziegler und Co. durchsetzen, wird der hiesigen SPD und dem Bürgermeister schaden. Man wird es bald erleben.



Polizei hochgerüstet

Die Polizei räumte den Treburer Oberwald. Alles wie gehabt. Wohin man blickte, sah man nur Polizei und schweres Gerät. Sogar aus NRW war die Polizei angerückt.

Das Protestcamp wurde geräumt. Junge Leute, Aktivisten verschiedener Bürgerinitiativen, harrten seit Anfang des Jahres im Wald aus, um dessen Rodung zu verhindern. Wir sollten froh sein über ihr Engagement „für Wald und Natur und gegen den schnellen Profit mit Billigfliegern“. Wir sollten sie und die Bürgerinitiative unterstützen, damit die nach uns Kommenden noch Wald und Natur vorfinden.

Die Bürgerinitiativen befürchten, dass sich auch in Wiesbaden wenig ändert. Sie erklärten: Bouffier und Al-Wazir stehen „für ein weiter so wie bisher“.

Tatsächlich werden wir von Wiesbaden wenig zu erwarten haben.

Notwendig ist eine Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet. Da reicht es nicht, „Grün“ zu wählen. Wir brauchen eine Veränderung im Denken.

Erst muss der Mensch kommen. Wer nur Profite sieht, wird bald keinen Wald mehr sehen.

X JA

**beim Bürgerentscheid
am 16. Dezember**

**Am 16. Dezember 2018
für den Erhalt der beiden
Feuerwehrgerätehäuser
in Mörfelden und Walldorf.**

**Wir rufen auf,
mit „JA“ zu stimmen!**

Demokratie und wie man sie behindert

Für den Bürgerentscheid am 16. Dezember hat das Wahlamt in jedem Stadtteil nur zwei „Wahllokale“ vorgesehen.

Zum Vergleich: Bei der Landtagswahl gab es in Mörfelden 11 und in Walldorf 14 Wahllokale.

Zwei Wahllokale pro Stadtteil? Im Rathaus denkt man wohl: „Wir müssen sparen - und überhaupt Bürgerentscheid . . . der darf nicht gegen uns ausgehen!“

Von den Koalitions-Spitzen hörten wir als Ausrede: „Aber es wird doch nur JA und NEIN angekreuzt. Das geht doch schnell.“


Darauf erwidern wir: „Wenn wir schon sparen müssen: Bei der kommenden Bürgermeisterwahl machen wir dann auch nur zwei Wahllokale pro Stadtteil!“ Das geht ja auch ganz schnell. Spaß beiseite: Die Vorgehensweise im Rathaus ist durchsichtig - und sie stinkt zum Himmel.

Bei „normalen“ Wahlen gibt es 25 Wahllokale in der Stadt, und die Wahlbeteiligung ist nicht entscheidend. Der Bürgerentscheid jedoch ist nur gültig, wenn mindestens 25% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben. Da macht es einen Unterschied, ob man 25 Wahllokale hat, oder nur 2 pro Stadtteil! Wie man auch zu dem Bürgerentscheid steht, er ist ein demokratischer Akt, den man mit Verwaltungstricks platt machen will. Da wollen 4371 Bürgerinnen und Bürger per Unterschrift den Bürgerentscheid. Das ist ein bürgerliches Engagement, das man bei den Rathausparteien gar nicht schätzt.

Becker-Ziegler-Seinsche und ihre Leute rechnen offenbar so: „Es ist Vorweihnachtszeit, die Menschen sind mit anderem beschäftigt. Und wenn das gewohnte Wahllokal gar nicht geöffnet ist, werden viele auf die Stimmabgabe verzichten. Dann haben wir gewonnen!“

Soll man da ruhig sein, kann man da schweigen? Nein! Man sollte ihnen den Spaß verderben.

Wir rufen auf: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Und beantragen Sie rechtzeitig Briefwahl, wenn Sie nicht sicher sind, am Wahltermin da zu sein oder wenn Ihnen die wenigen Wahllokale zu weit entfernt sind.



Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir schöne Festtage und ein gesundes und friedliches neues Jahr 2019.

Die „blickpunkt“-Macher

KOMMUNALES

Unterschiedliche Öffnungszeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen unserer Stadt prüfen

Ein Antrag der DKP/LL-Fraktion

„Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zu prüfen und zu berichten: Welche Möglichkeiten von unterschiedlichen Öffnungszeiten zur Abdeckung der Randzeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen unserer Stadt sind möglich und machen Sinn?

Wie ist zu ermöglichen, dass zwei Kitas pro Stadtteil möglichst bald (bis zu den Sommerferien 2019) eine Randzeitenbetreuung anbieten?

Welche anderen Modelle zur Abdeckung der Randzeiten sind denkbar?

Wie kann dem Bedarf der Eltern sonst besser Rechnung getragen werden? Gibt es bei der Stadt eine aktuelle Liste mit Personen, die Tageselternbetreuung in Mörfelden-Walldorf anbieten? Wenn ja: Gibt es Überlegungen oder

Initiativen, um weitere qualifizierte Personen zu finden?

Wenn nein: Kann eine solche Liste erstellt und öffentlich (Internet) zugänglich gemacht werden?“

In der Begründung heißt es u.a.: *Für viele Eltern ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein großes Problem. Durch den jetzt geplanten Wegfall von Randzeitenbetreuungsstunden in der neuen Satzung wird diese Problematik verschärft. Der Stadtkitabeirat hat in einem offenen Brief darauf hingewiesen und Widerspruch formuliert.*

In der jüngsten Bürgerversammlung haben betroffene Eltern eindrucksvoll davon berichtet, wie sich ihre Situation verschärft, wenn gerade am Morgen die Betreuungszeiten reduziert werden. Die DKP/LL hat in der Sitzung des Sozial-, Kultur-, Integrations- und Vereins-Ausschusses den Vorschlag gemacht, in zwei Betreuungseinrichtungen in jedem Stadtteil eine Randzeitenbetreuung für betroffene Eltern verbindlich anzubieten.

Auch den Vorschlag des Stadtkitabeirats, unterschiedliche Öffnungszeiten in den Einrichtungen in Mörfelden-Walldorf anzubieten, finden wir überlegenswert.

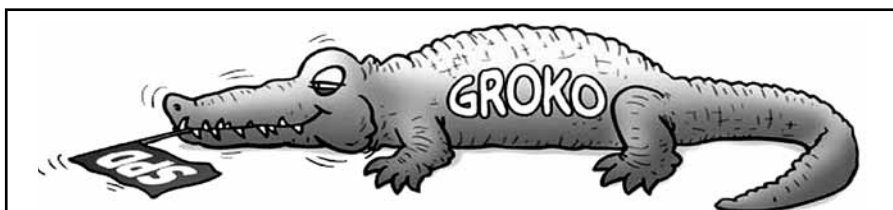
Zur Zeit gibt es in unserer Stadt 13 städtische, 3 konfessionelle und mehrere private Einrichtungen. Differenzierte Öffnungs- und Schließungszeiten sollten hier möglich sein.

Wir wollen, dass alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr in der Arbeitszeit ihrer Eltern in einer Kita im Wohn- oder Arbeitsumfeld ihrer Eltern betreut werden können. Kinderbetreuung gehört zur Bildung und muss gebührenfrei sein.

Bei allem Verständnis für die angespannte Personalsituation in den Kitas und die weitere Belastung der Stadt durch die ungenügende Finanzausstattung der Kommunen, die durch die „Mogelpackung“ einer gebührenfreien Kinderbetreuung nach Art der CDU/Grünen Landesregierung noch verschlechtert wurde, sind wir mit der „Mangelverwaltung“, die der Sozialdezernent einräumt, nicht einverstanden.



An die Opfergruppe der sogenannten Asozialen erinnerte die Aktion Toleranz bei der Kundgebung am 9. November am Synagogen-Gedenkstein. Mindestens 70.000 Betroffene sind bis heute nicht als Opfergruppe anerkannt. Da sie nicht aus politischen, rassistischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen verfolgt und ermordet wurden, gesteht man ihnen diesen Status nicht zu. Professor Frank Nonnenmacher spricht zu diesem Thema am 16. Januar 2019 im Kulturbahnhof.



Unruhe im Land muss ja nicht schlecht sein - wenn dabei nachgedacht wird. Die Leute hören täglich von der Karrenbauer, vom Spahn und dem „Blackrock“-Merz. Es sind alles nur austauschbare Personen. Wichtiger ist es, hinter den Schleier zu blicken und ihr Handeln zu bewerten. Das gilt für die „große“ und die „kleine“ Politik und auch für Mörfelden-Walldorf.

Die meisten der hiesigen SPD-Leute haben z.B. die „GroKo“ satt. „Da müssen wir raus, sonst gibt es uns bald nicht mehr“, hörte man schon. Es gibt auch welche, die mitregieren wollen. Das kann in die Hose gehen. Vor allem dann, wenn man mit der FDP und den FW-„Bankspezialisten“ zusammensitzt.

Dazu ein Beispiel: Da finden wir in der FNP vom 2. November ein aufschlussreiches Foto des Ersten Stadtrates Ziegler, der mit geschwellter Brust, das Logo der neuen Feuerwehr-BI: „Einer für alle - alle für einen“ präsentierte. (Ziegler vertritt ziemlich rigoros den Standpunkt: „Neubau, koste es, was es wolle.“)

Die Feuerwehrleute selbst präsentierten „ihr“ T-Shirt dann am 15. November im Freitags-Anzeiger. Wie macht man so was?

Ziegler und seine „Agentur“ wissen natürlich, wie man professionell Werbung einsetzt. Offenbar läuft im Rathaus z.Zt. alles so, wie er sich das vorstellt. Damit gibt es aber jetzt eine Situation, die wenig politische Klugheit, aber mehr gerissene Banker-Praxis zeigt. Vielleicht denkt er ja auch schon: „Die FW-Zurückhaltung bei der Bürgermeisterwahl ist falsch.“

Der Bürgermeister selbst sollte sich da nicht bedeckt halten und beachten: Wer von den Hauptamtlichen jetzt eine Seite im Konflikt öffentlich bevorzugt, verstößt gegen das Prinzip der Fairness. Eine weitere Konfrontation kann schnell dazu führen, dass viele Aktive nach dem 16. Dezember „ihren Helm abgeben.“ Damit rückt eine teure Berufsfeuerwehr näher!



Ein Grund mehr für uns, zu sagen: Ja zum Erhalt der zwei Gerätehäuser - ja zur Zukunft der Freiwilligen Feuerwehr und ihrer Vereine in unserer Stadt!



„abrüsten statt aufrüsten“

Im November 2018 gab es viele Aktionen der bundesweiten Initiative „abrüsten statt aufrüsten“.

Die Initiative hat schon mehr als 120.000 Unterschriften gesammelt. Auch die DKP hat mit über 32.000 Unterschriften ihren Beitrag geleistet. Zu den Erstunterzeichner*innen gehören vier Gewerkschaftsvorsitzende, die Präsidenten wichtiger Umweltverbände, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einschließlich eines deutschen Nobelpreisträgers, führende Kirchenvertreter*innen, Politikerinnen und Politiker mehrerer Parteien und Aktivistinnen und Aktivistinnen der Friedensbewegung.

Der Einsatz für Abrüstung und Frieden wird wichtiger. Prozentual wächst der Militäretat am stärksten. Ursula von der Leyen (CDU) hat nun 43,2 statt 38,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon sollen neue U-Boote, Kampfschiffe und Raketenabwehrsysteme gekauft werden.

Informationen unter:
www.abruesten.jetzt

Das Sichere ist nicht sicher

Wir haben es vermutet. Die Schutzgebiete werden weniger. So sollen Bauverbotszonen im Rhein-Main-Gebiet abgebaut werden.

Die Siedlungsbeschränkungen um den Flughafen umfassten bisher etwa 29.000 Hektar. Künftig sollen es rund 5.000 Hektar weniger werden.

Das hätte etwas mit veränderten Flugrouten und leiseren Flugzeugen zu tun.

Ob auf diesen rund 5.000 Hektar auch tatsächlich Wohnungen gebaut werden können, steht noch nicht fest. Weitere Einschränkungen wie Naturschutzgebiete, Sicherheitsabstände zu Hochspannungstrassen oder Landschaftsschutzgebiete müssen berücksichtigt werden.

Nicht alle freuen sich über diese Entwicklung die von der Landesregierung angestoßen wurde.

Diejenigen, die am liebsten zwischen Mörfelden und Walldorf alles zubauen möchten, werden diese Entwicklung sicher aufmerksam verfolgen.



Rosa-Luxemburg-Straße

Die DKP/Linke Liste beantragte:

„Aus Anlass des hundertsten Jahrestags ihrer Ermordung am 15. Januar 1919 wird in Mörfelden-Walldorf eine Straße nach Rosa Luxemburg benannt.“

In der Begründung heißt es u.a.:

Am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg ermordet. Jahrzehnte ihres Lebens hatte sie in der SPD gearbeitet und sich in den politischen Auseinandersetzungen in der Kaiserzeit einen Namen als konsequente Kämpferin gegen die Herrschaft des Kapitals und für die Erhaltung des Friedens gemacht. Folgerichtig nahm sie nach der Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion der SPD im August 1914 u.a. mit Karl Liebknecht den Kampf für die Rückbesinnung der „Mehrheitssozialdemokraten“ auf die Haltung der internationalen Arbeiterbewegung gegen den imperialistischen Krieg auf. Das brachte sie mehrfach ins Zuchthaus. ...

In den 1970er Jahren hatte der SPD-Bürgermeister Kurt Bachmann ins Gespräch gebracht, den Weg zum Mörfelder Jugendzentrum am Bahndamm nach ihr zu benennen. Nach seinem überraschenden Tod im November 1975 wurde über den Vorschlag nicht weiter gesprochen. Mit unserem Antrag rufen wir ihn anlässlich des hundertsten Jahrestages der Ermordung Rosa Luxemburgs in Erinnerung und bitten um Zustimmung.



LLL-Treffen in Berlin

Komm' mit zum Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Wochenende!

12.-13. Januar 2019

Hinfahrt:

12. 1. 2019 | 23.00 Uhr | Frankfurt HBF
Kosten: 50 Euro pro Person / Soli 40 €
Tickets unter info@sda-j-hessen.de



Karikatur:
Thomas Plaßmann (FR)

Werben fürs Sterben an Rüsselsheimer Schule

Als „nur einer von 26 Gesprächspartnern“ (Zitat: Rektor Guss in der FNP) biederte sich die Bundeswehr am Montag den 12.11. an der Immanuel-Kant-Schule in Rüsselsheim den Schülern ab der 10. Klasse an.

Fakt ist, dass es noch nie so viele minderjährige Soldat*innen gab, wie heute (über 10.000 Einstellungen seit 2011). Daran ist eine Entwicklung und deren Symptome besonders schuld. Das Aussetzen der Wehrpflicht hat in der Bundeswehr 2011 Zukunftsängste ausgelöst. Die Offiziersränge und die dazugehörigen Studiengänge kann die Bundeswehr weiterhin gut füllen. Mangel, gibt es bei Soldat*innen der unteren Besoldungsgruppen. Diesen Mangel versucht die Bundeswehr seit Jahren mit offensiven Werbekampagnen zu schließen. Diese reicht von Plakatwerbung, über Panzer auf der Gamescom in Köln, bis hin zu penetranter Werbung auf sozialen Netzwerken die für jeden jungen Nutzer omnipräsent ist (An alle Leser*innen außerhalb dieser Zielgruppe, fragt mal jemanden im Alter zwischen 16-25!). Keine Buchmesse, keine regionale oder überregionale Jobmesse, an Schulen, in Stadthallen o.ä. scheint

mehr ohne den frisch gestylten Hipster aus der Riege der Presseoffiziere auszukommen. Aus einer Anfrage der Linkspartei ging bereits 2012 hervor, dass es sich hierbei um ein Kalkül der Werbeprofis der Bundeswehr handelt. In der Anfrage zur Herkunft der Mehrkosten für Werbung heißt es: „Der Anstieg der Kosten ist bedingt durch Preissteigerungen insbesondere bei Messgesellschaften, eine erweiterte Auswahl an zielgruppenorientierten Eventmodulen und Bühnentechniken, um konkurrenzfähig zu sein, sowie durch eine umfangreichere Begleitkommunikation.“ Zu Deutsch, wer junge Leute für einen Krieg rekrutieren will, muss auch medial aufrüsten.

Das schlug sich 2012 in einer Rechnung von 20 Millionen € nieder. 2016 waren es bereits gut 35 Millionen €, 2018 wird voraussichtlich eine ähnliche Summe für das Werben fürs Sterben locker gemacht.

Ob die Bundeswehr auch mit staatlichen Mehrausgaben für Bildung, sozialen Wohnungsbau und einem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, um allen Menschen in Deutschland echte Jobchancen zu ermöglichen, solchen Zulauf hätte, bleibt fraglich. Wir sagen: Bundeswehr raus aus unseren Schulen! Tim Beyermann

Ein Straßenschild in Mörfelden

„Dr. Franz Adler, Landgerichtsdirektor“ erklärt uns das Zusatzschild. Das ist leider nicht richtig.



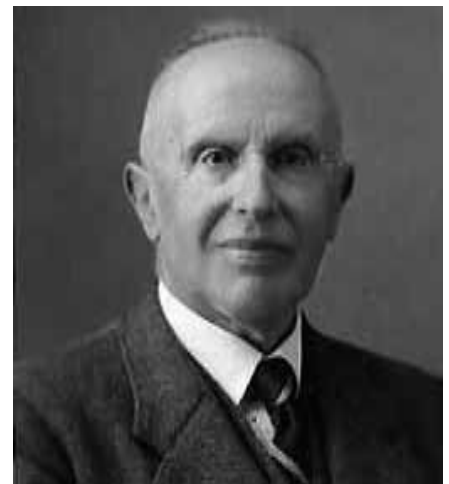
Die Brüder Dr. Franz Adler (Volkswirt) und Dr. Arthur Richard Adler (Jurist), Söhne einer jüdischen Familie aus Frankfurt, hatten in den Jahren 1903 bis 1905 ein 6 Hektar großes Gelände zwischen der Frankfurter Straße und der Eisenbahnlinie gekauft. Der Plan war, dort ein Industriegebiet mit Gleisanschluss einzurichten. Aber das konnte nie verwirklicht werden. Der erste Weltkrieg kam dazwischen, dann der Zusammenbruch des Kaiserreiches, die Inflationszeit, danach die Weltwirtschaftskrise und schließlich 1933 die Nazis.

Diese enteigneten das Gelände und überschrieben es der „Deutschen Arbeitsfront“. Die Gebrüder Adler konnten rechtzeitig nach Porto in Portugal emigrieren und dem grausamen Schicksal der meisten deutschen Juden entgehen. ...

Nach Kriegsende 1945 war die Bevölkerung von Mörfelden durch Krieg, Flucht und Umsiedlung von 5000 auf über 7000 Menschen angewachsen. Die Wohnungsnot war katastrophal. Deshalb bemühte sich der damalige Bürgermeister Peter Klingler (SPD) in den Jahren 1947-1949, das Gebiet in Gemeindegut zu überführen. Auf noch nicht ganz aufgeklärten Wegen gelang ihm das auch und es entstand die „Gewobag“-Siedlung. Dr. Franz Adler bekam jedoch keinerlei Entschädigung.

„Im Grunde wurde mein Großvater zwei Mal betrogen“, erzählte uns Jorge Adler, der in Portugal lebende Enkel von Dr. Franz Adler, von dem wir auch das Porträtfoto erhielten.

Wohl als Gewissenberuhigung benannte die Gemeindeverwaltung damals eine der Straßen der neuen Siedlung nach Dr. Adler. Das später angebrachte Zusatzschild nennt



jedoch den falschen Bruder: Der „Landgerichtsdirektor“ war nicht Franz, sondern Arthur Richard Adler. Der Namensgeber der „Dr. Adler-Straße“ in Mörfelden war der Volkswirt Dr. Franz Adler.

Die DKP/LL-Fraktion hat jetzt u.a. beantragt: „Der Straßename ‚Dr. Adler-Straße‘ wird um den Vornamen des Namensgebers ergänzt und als ‚Dr. Franz-Adler-Straße‘ benannt.

Die Zusatzschilder werden durch Zusatzschilder mit der Aufschrift ‚Dr. Franz Adler, Volkswirt, von den Nazis enteigneter Besitzer des Baugrundes der GEWOBAG-Siedlung‘ ersetzt.“

Die Sorge bleibt

Da die Brücke über den Geräthsbach (Gärtnerweg) saniert werden musste, gab es eine Untersuchung des Gewässers auf einige 100 Meter.

Gemeinsam mit Vertretern des Anglervereins war der Biologe Rainer Hennings im Einsatz.

Leider ist auch der Geräthsbach belastet - die elektrische Leitfähigkeit wurde mit 976 mS (*Mikrosiemens Ohm: die wichtigste Einheit für gesundes Wasser*) gemessen. Der Schadstoffeintrag kommt vor allem von der Kläranlage Langen.

Erfreulich: In wenigen Stunden konnten 253 Tiere registriert werden. Dabei zwei Kamber-Krebse, div. Fische (Grundeln, Steinbeisser, Schmerlen, Elritzen) auch eine echte Groppe (auch unter dem Namen Mühlkoppe bekannt) war dabei.

Bei der Aktion spürte man das Engagement der beteiligten Jugendlichen

Angler. Sie wissen, um was es geht: Man muss mehr tun für unsere kleinen Bäche.

Die Sorge bleibt. Der WWF erklärte aktuell: „Der Zustand deutscher Gewässer ist flächendeckend prekär.“

In diesem Jahr ist außerdem in unserer Gemarkung der Hegbach seit

Mitte Juni augetrocknet. Unsere Initiative, „Überlebensbuchten“ dort einzurichten, wurde in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, obwohl die Notwendigkeit für die Selbstreinigungskraft des Gewässers offenbar ist. Das war kurzsichtig. Wir werden darauf zurückkommen.



Demnächst nur noch profitorientierte Unternehmen?

Die Stadtverwaltung hat der Gesundheitskommission einen Bericht über die Lage der ärztlichen Versorgung in Mörfelden-Walldorf vorgelegt. Er enthält eine Liste der Ärzte, die in der Stadt tätig sind. Sie soll darüber Aufschluß geben, wie lange diese Ärzte noch praktizieren werden (in letzter Zeit wurden mehrere Praxen aus Altersgründen aufgegeben).

Die „gute“ Nachricht: Das Durchschnittsalter der Ärzte hat sich verringert. Das ist allerdings kein Wunder, wenn gerade einige in Pension gegangen sind. Aber sonst ist diese Liste von geringem Wert. Schon bei der Vorstellung in der Gesundheitskommission ergab sich, dass sie unvollständig ist. Mehrere Anwesende konnten „aus dem Kopf“ Ergänzungen und Verbesserungen einbringen.

Zum Zweiten gründet sie sich nicht auf belastbare Daten, sondern wurde „frei Hand“ gemacht. Grund: Die Stadt weiß nichts, hat keine Unterlagen. Während die Meldeämter Daten von Bürgern an alle möglichen Ämter und Behörden weitergeben (darunter Meldedaten Minderjähriger an die Bundeswehr), war es der Verwaltung nicht möglich, das Lebensalter der örtlichen Ärzte herauszufinden. Sie sind nach Altersgruppen mit grün, gelb und rot markiert. Das Alter wurde tatsächlich vom Amt geschätzt, wobei die Schätzung bei einigen, so der Vortragende, „schmeichelhaft“ ausfiel. Es stellt sich die Frage, wozu man solche Organisationen wie die Kassenärztliche Vereinigung und das eigene Meldeamt hat, wenn es dann nicht möglich ist, ein genaues Altersbild der ortsansässigen Ärzte zu bekommen.

Was die Liste allerdings zeigte, ist ein Trend zur Kommerzialisierung. Die Abrechnung mit den über 200 verschiedenen Krankenkassen wird immer schwieriger und verrückter,

die Bauvorschriften für eine Arztpraxis werden immer umfangreicher, die Kosten immer höher. Da nimmt es nicht wunder, wenn junge Ärzte keinen Nerv mehr haben, sich mit eigener Praxis niederzulassen, sondern lieber als Angestellte für Medizinunternehmen arbeiten. Und die werden immer mehr, auch bei uns am Ort. Einer sitzt sogar schon für die Freien Wähler in der Stadtverordnetenversammlung. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang, wie noch vor Kurzem gegen Polikliniken und Ärztehäuser gehetzt wurde. Jetzt kommen die „Polikliniken“ durch die Hintertür,

aber nicht als genossenschaftliche, soziale Einrichtungen, sondern als profitorientierte Unternehmen. Immerhin hat die Stadt eines gelernt: Vor zwei Jahren erhielt eine Ärztin auf Vorschlag der DKP/LL ausnahmsweise 5000 € (aber mit viel Weh und Ach!), um ihr zu helfen, nach Mörfelden-Walldorf kommen zu können und eine örtliche Praxis an die neuesten Vorschriften anzupassen.

Jetzt haben die „Stadtimageverkäufer“ bis zu 20 000 € für ähnliche Fälle ausgelobt.

Geht doch! Wir haben aber allen Grund, wachsam zu bleiben.



... wir „müssen uns verkaufen“

Viele wissen es, viele spüren es - Marx hat es präzise beschrieben: „Im Kapitalismus wird alles zur Ware“ (Zum Beispiel nehmen Rückenoperationen zu, einfach deshalb, weil es sich „rentiert“). So kann man sich und die Welt ruinieren.

Die Diskussion in der letzten Stadtverordnetenversammlung beim Thema „neues Stadtlogo“ passt zum Thema „alles wird zur Ware“ und brachte Klarheit über die dort vorherrschenden Denkweisen.

Die DKP/LL hatte ein paar Fragen gestellt: „Ob zum neuen Logo ein Wettbewerb stattgefunden hat und ob der Auftrag öffentlich ausgeschrieben wurde. Ob es eine Jury gab, wer wann die Entscheidung über das neue Logo getroffen hat, welche Kosten entstehen. Die DKP/LL wollte, dass der Satz „Stadt der Vielfalt“ bleibt, usw. Klar wurde in der Debatte: Die Entscheidung über das neue Logo fällt der Erste Stadtrat Ziegler (FW), der Bürgermeister (SPD) und Stadtrat

Seinsche (FDP) alleine. Weder Magistrat noch das Stadtparlament und seine Ausschüsse hatten dabei etwas zu sagen.

Es gab keinen Wettbewerb und keine Jury. Das war früher schon mal demokratischer.

Die Debatte selbst zeigte den vorherrschenden neoliberalen Zeitgeist. Burkhard Ziegler betonte: „Wir müssen uns verkaufen“. (Das sagen natürlich auch alle anderen Marketingleute der Nachbarkommunen.)

Frederic Krahn (FW): Persönlich hätte er gerne noch ein Flugzeug im Logo gesehen, um Nähe und Vorteile des Flughafens herauszustellen.

Alexander Best (SPD): DKP/LL und Grüne wollen die Stadt nur schlecht reden.

Es wurde deutlich: Einigen Vertretern der Parteien der Rathauskoalition war es ziemlich unwohl bei der Debatte. Ob es Einsichten gab? Das glauben wir nicht.

Wir werden weiter darüber berichten. Vor und nach den jeweils stattfindenden Wahlen.

Danke!
Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Wieder einmal wurde Wald vernichtet. Wieder einmal heißt es: „Der Flughafen braucht Platz“. Diesmal besonders ärgerlich: Die Bäume wurden gefällt, damit das Geschäft mit den „Billigfliegern“ funktioniert. Proteste „wie in alten Zeiten“ gab es nicht - aber dafür Polizeifahrzeuge so weit das Auge reichte: Mannschaftswagen bis zu gepanzerten Räumfahrzeugen.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger des Flughafenumlandes sind jetzt trotzdem jeden Sonntag im Wald. Sie haben viel zu erzählen. Vor allem davon, wie oft sie in den letzten Jahren belogen wurden. „Kein Wald wird mehr fallen!“ Wie oft sagten es die Regierungen in Wiesbaden egal wer gerade die Regierung stellte. „Wer hat eigentlich die Macht im Staat?“, fragte eine junger Mann - sein Lernprozess beginnt. „Hessen war noch nie so grün wie heute“, jubelten gerade die Grünen. Wir wurden gefragt: „Wird es immer so weitergehen?“ Unsere Antwort: „Ja - solange erst Profite und dann die Menschen kommen!“

Urwälder werden wachsen

Die Älteren kennen es: Ein riesiger Aufwand von Polizei und Fraport-Security. Ich habe mit vielen geredet. Ein großgewachsener Polizist: „Sie können hier nicht weiter!“. „Warum?“, frage ich. Keine Antwort. Als ich lauter frage, kommen andere Polizisten hinzu.

„Moment“, meint er dann, „Ich frage die Einsatzleitung“. Darauf wieder: „Sie können nicht durch!“.

Ein älterer Polizist nimmt ihn zur Seite. Er darauf: „Gehen Sie halt!“.

Dann eine endlose Kette von Fraport-Sicherheitsleuten in ihren gelben Jacken, freundliche Leute. Sie warten auf das Ende ihrer Schicht.

„Es regnet jedenfalls nicht!“, sage ich. Sie nicken. Aber der Krach von der Autobahn hat sie doch sehr belastet. „Was bekommt ihr für den Einsatz?“, frage ich (ihr Vorgesetzter war 50 m entfernt.)

„9 Euro 70“, meint der freundliche Afrikaner. „Wissen Sie warum sie hier stehen, um was es geht?“ Er schüttelt den Kopf.

Dann lange Gespräche mit einzelnen Polizisten. Ich erzähle einiges von der Geschichte. Von den nicht aufhörenden Rodungen.

Von der „Billigfliegerei“.

Ein Polizist: „Jeder Baum wird ersetzt“. Ich berichte von „früheren Pappelplantagen“. Nein, meinte er: „Bei den neuen Pflanzungen soll sogar Urwald entstehen“.

Einer sagt noch: „Hier sind viele kranke Bäume dabei, die eh hier raus müssen.“ Beim Zurücklaufen frage ich mich.

Wer erzählt denen das alles?

Den Abend verbrachte ich nachdenklich, beim Durchblättern der letzten Wahlflugblätter. „Hessen war noch nie so grün“, schrieb da eine Partei, die sehr viele Stimmen erhielt. rh

Herzliche Einladung zur Jahresabschlussfeier

Am 19. Dezember 2018
ab 19 Uhr

feiern wir unseren
Jahresabschluss
im KulturBahnhof
Mörfelden.

Alle unsere Freunde
sind herzlich eingeladen.



Stadtgeschichten



Bis Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre gab es auch in Mörfelden noch Nebenerwerbs-Landwirte, die außer einem Schwein, einigen Hühnern auch noch ein paar Ziegen im Stall hatten. So gegen Ende Oktober hieß es dann in den Familien, nachdem eine der Ziegen die Brunst durch außergewöhnliches Schreien kundgetan hatte, „Die Gaaß muss sein Bock“. Oft übernahm diese Arbeit die Mutter oder auch die Großmutter. Nicht selten wurde auch einer der Söhne ausgedeutet. Das hieß, die Ziege, manchmal waren es auch zwei, an die Kette und los zum Faselstall („Farnstall“) in der Hintergasse, zu dem Mörfelder Kleinbauern ihre Ziege oder auch eine „lustige“ Kuh brachten. Dort hatte die Gemeinde in Stallungen einige Ziegenböcke und einen Bullen Auf dem heutigen Foto sehen wir, links beim Bullen stehend, den letzten Faselwärter Ernst Scherer und rechts das bekannte Pferd, den „Gemeindegewimmel“, der auch das erste Müllsammel-Fuhrwerk durch die Ortsstraßen zog. Ernst Scherer, in Mörfelden nannte man ihn auch „es Schere-Ernst’sche“, war viele Jahre bei der Gemeinde beschäftigt - u. a. als Ausscheller, der mit der Ortsschelle durch die Straßen ging und die neuesten „Bekanntmachungen“ ausrief. Das Halten von Ziegen war für die Ernährung der Familien während und auch noch einige Zeit nach dem 2. Weltkrieg, als die Lebensmittel rationiert waren und es dafür Karten gab, von großer Bedeutung. Im Gegensatz zu den Hausschweinen wurden die Ziegen nicht bei der Rationierung berücksichtigt. So war um die Osterzeit so manches Osterlämmchen, aber auch die täglich anfallende Milch, eine große Bereicherung.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

Irish Folk Session

Mittwoch, 5. Dezember 2018 - 19:30 Uhr
Eintritt frei

Wirtshaussingen „Weihnachts-Special“ mit Ralf Baitinger

Donnerstag, 6. Dezember 2018 - 20:00 Uhr
Eintritt: € 10,-/€ 6,- (ermäßigt)

„Au Tannenbaum“

Literarisch-musikalische Spezialitäten zum Nachdenken, Freuen und Lachen
Samstag, 15. Dezember 2018 - 20:00 Uhr
Eintritt: € 10,-/€ 8,- (ermäßigt)

KuBa



Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 20. Dezember 2018, 20:00 Uhr,
Eintritt frei

Quiz

Freitag, 21. Dezember 2018 - 20:00 Uhr
Eintritt frei

Heiligabendparty

Montag, 24. Dezember 2018 - 22:00 Uhr bis
02:00 Uhr
Eintritt frei
Geboten wird der bewährte Mix aus Cocktails und Stromgitarre.

Unser Lexikon

Schbrisch

Die Linnestroos
heert uff,
awwer de Seehofer
macht als weierer.